

Jetzt sind Sie sicher gespannt, was Sie Neues von der FBB zu hören bekommen.
„Ceterum censeo Carthaginem esse delendam“ Ich muß Sie enttäuschen, auch wenn es Sie langweilt,
die wichtigen Themen sind dieselben wie im Vorjahr.
Der Schuster bleibt bei seinem Leisten.

Was sind die großen Fragen:

Kann Baden-Baden noch mehr Flüchtlinge verkraften

Die Frage stellt sich **so** überhaupt nicht!

Die Flüchtlinge werden nach Lage der Dinge zu uns verteilt und wir haben ganz einfach die Pflicht, für diese Menschen angemessen zu sorgen. Punkt aus basta!

Wenn Sie noch Fragen haben, wenden Sie sich an das Bundeskanzleramt in Berlin. Dort wird Ihnen geholfen.

Angewidert hat mich hier im Gemeinderat die häufige Selbstdarstellung Einiger als Moralapostel, entweder zum Eigennutz oder als Wahlkampfaktik. Darüber hinaus das stattgefundene Redegemetzel, wer sich von Ihnen im Gemeinderat für die Unterbringung von Flüchtlingen besonders verdient gemacht hat, und wen man für seine angebliche oder unterstellte Nichtbeteiligung hier im Gemeinderat vor allen Bürgern verpetzt. Eine schöne Erinnerung an unsere frühe Kindheit. Gemeinderäte sind auch Teil der Verwaltung und sollten sich vordringlich um eine ordentliche Verwaltung der Kommune einsetzen. Große Politik wird in Berlin gemacht und nicht hier im Gemeinderat.

Das ist kein Maulkorb, sondern es gibt genug Gremien, in denen man sich engagiert für diese Zwecke einbringen kann.

Einige haben das ja neulich versucht.

Wie können wir die Schulden in den Griff bekommen

Selbst die Stadtverwaltung spricht von einer (Zitat) „bedenklichen Entwicklung“

„Es wird sich die Liquidität in 2016 um 9,3 Millionen € und in 2017 um 8,8 Millionen € reduzieren.

Damit sind die in den vergangenen Jahren aufgebauten Reserven annähernd aufgebraucht.“

Die über 9-stündige Haushaltsberatung mag zwar der Gemeindeordnung Genüge getan haben, herausgekommen ist dabei doch so gut wie nichts.

Die Haushaltsstrukturkommission erschöpfte sich in gewaltigen Steuererhöhungen und gemäßigten Gebührenerhöhungen. Ausgabenkürzungen blieben dagegen im Miniformat.

Sie wissen doch alle, was SPAREN heißt. - Auf etwas VERZICHTEN.- Eine Verzichtsbereitschaft ist hier nirgendwo zu erkennen.

Können Sie sich vorstellen, was im Jahre 2039 geschieht?

Tatsächlich : Baden-Baden könnte schuldenfrei sein!!!

Ja, wenn, alle Tilgungen und Zinszahlungen geleistet werden

Ja, wenn keine neuen Schulden aufgenommen werden müssen

Ja, wenn keine Umschuldungen vorgenommen werden müssen

Ja, wenn die Zinsen nicht auf normale Höhen steigen

Ja, wenn die Wirtschaft 25 Jahre blüht und gedeiht

Jetzt können Sie überlegen, wie wahrscheinlich alle diese Annahmen eintreffen werden.

Im Einzelnen:

Die Personalaufwendungen (2012 46,6 Mio) steigen bis 2017 auf 60,7 Mio.
Auf dieser Höhe werden sie Dank Gehaltserhöhungen nicht bleiben, sondern immer weiter steigen.
Von den 86,8 Neueinstellungen 2016/2017 zu Standardarbeitsverträgen werden der Großteil den Flüchtlingsaufwendungen (ca. 71) zugeschrieben. 33 neue Beamte sollen eingestellt werden.
Was passiert, wenn sich die Flüchtlingsaufwendungen in den kommenden Jahren, wie von vielen erhofft, verringern würden. Welche Aufgaben hätte man dann für diese Neueinstellungen, deren Personalkosten man natürlich nicht beliebig reduzieren kann.
Hier fordert FBB einen

Einstellungstopp,

bis die Sachverhalte halbwegs verlässlich geklärt sind.
Hinsichtlich der Kosten der Flüchtlingsausgaben wird uns eine sogenannte „Spitzabrechnung“ gegenüber dem Land/Bund in Aussicht gestellt. Ob die Haushalte dort das dann auch zulassen werden, bleibt abzuwarten.
Die gewaltigen Investitionen in Baulichkeiten für Flüchtlinge, die später nach Renovierung als „bezahlbarer Wohnraum“ genutzt werden sollen, werden große Abrechnungsprobleme hinsichtlich der „Spitzabrechnung“ bereiten, ganz zu schweigen von Abgrenzungen in den Personalkosten. Die Rechnungsprüfungsämter in tausenden Kommunen werden über Jahre Arbeit haben.

Die immer wieder in Aussicht gestellte, aber nicht fertiggestellte Eröffnungsbilanz der Stadt, haben viele hier, auch zu Recht, kritisiert.
Einige hier aber vor allem deshalb, weil sie sich durch die Vermögenszahlen „Absolution“ erhoffen. Sei doch die Stadt soooo furchtbar reich.
Dazu möchte man eine sogenannte „kreative Buchführung“, die Spielräume in den Abschreibungen nutzen soll, um sich in die eigene Tasche zu lügen.

Das Vermögen einer Gemeinde ist im Gegensatz zum Privatvermögen jedoch nicht frei veräußerbar/verfügbar. Zur Liquidität, außer bei Bauland, kann es nicht beitragen. Ihr Privathaus können sie verkaufen und woanders hinziehen, mit den Gemeindeeinrichtungen geht das nicht. Darüber hinaus müssen die Kosten der Unterhaltung getragen werden.

Wir sind der Meinung, daß man für die kommenden Zinserhöhungen Rücklagen aufbauen sollte. Auf diesen augenblicklichen Gold- und Geldregen sollte man keine vernünftige Finanzplanung setzen. Dazu wird es bei Abschreibungszeiträumen von bis zu 50 Jahren geradezu vermessen sein, mit 2% die Wiederbeschaffungskosten decken zu können.
FBB wird angesichts der Unklarheiten dieses Doppelhaushaltes sowie der Planzahlen bis 2019 diesem Haushalt

nicht zustimmen.

Darüber hinaus fordern wir, eine **Obergrenze der Verschuldung** einzurichten, soweit dies legal möglich ist..

Soll das neue Schloß wieder in Besitz der Stadt/des Landes kommen

Seit sage und schreibe 14 Jahren dümpelt die Wiedergeburt vor sich hin.
Unser historisch wichtigstes Gebäude inklusive ein großer Park unserer Stadt faulen vor sich hin.
Hier verschanzen sich Gemeinderatsmitglieder und Verwaltung hinter dem grundgesetzlichen Eigentumsbegriff, um damalige Entscheidungen nicht als falsch erscheinen zu lassen.
Klar, hinterher ist man immer schlauer. Wir haben das Glück gehabt, später dazukommen und können deshalb genau so schlau wie Sie sein, wir dürfen das aber auch sagen.

Einer der Landtagskandidaten sagte in einer Anzeige, er möchte Baden-Baden nach Europa bringen.
Bringen wir erst mal unsere Heimatstadt auf Vordermann.

Hier erwarten wir von diesem Gemeinderat großartige Ideen! Machen Sie alle mit, bei der Suche nach Alternativen zum Erhalt des Neuen Schlosses als öffentlichen Raum mit gesellschaftlicher Zweckbestimmung. In Berlin muß man das erst bauen

Wir haben das schon.

Oder stimmen Sie etwa dem neuen Berliner Kanon zu, daß der Status Quo alternativlos ist?

Zum Schluß etwas Heiteres, da wir hier meist nicht viel zu lachen haben.

Eine Lösung für unsere Schulden hat einer unserer Kollegen voriges Jahr in einer Lokalzeitung aufgezeigt.

Er weiß, wie man aus einem Umsatz von 3 Mio. einen Millionengewinn macht.

Bei unserem Umsatz von gut 200 Mio. wäre so unser Haushalt gerettet.

Da sich der Kollege zur Gemeinnützigkeit verpflichtet hat, kämen auch keine teuren Unternehmensberatergebühren auf uns zu.

Ich wünsche uns bei allen Entscheidungen Mazel tov